

Zeitschrift:	Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber:	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band:	31 (1939)
Heft:	6
 Artikel:	Wehrwirtschaftliche Probleme der Schweiz
Autor:	Weber, Max
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-352948

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

krieges, dass ein militärisch siegreicher Gegner durch Mangel an Rohstoffen und Nahrungsmitteln zur Waffenstreckung gezwungen werden kann, wird auch im Zukunftskrieg ihre volle Wahrheit behalten.

Wehrwirtschaftliche Probleme der Schweiz.

Von Max Weber.

Die ständige Bedrohung des Friedens durch die imperialistische Politik zwingt auch die Kleinstaaten, sich auf alle Eventualitäten vorzubereiten. Dazu gehört nicht nur der Ausbau der militärischen Abwehrmöglichkeiten, sondern auch eine genügende wirtschaftliche Vorbereitung. Diese wehrwirtschaftlichen Fragen dürfen mindestens so wichtig sein wie diejenigen der militärischen Landesverteidigung. Für die Schweiz ganz besonders, da sie im Falle eines europäischen Krieges unter allen Umständen mit Schwierigkeiten der Versorgung und des Arbeitseinsatzes zu rechnen hat, auch dann, wenn sie selbst nicht in den Krieg hineingezogen wird.

Natürlich hängt die wirtschaftliche Seite der Kriegsführung und auch des Durchhaltens neutraler Staaten eng zusammen mit der Dauer eines Krieges. Die Meinungen hierüber gehen begreiflicherweise weit auseinander. Während auf der einen Seite mit einem sogenannten Ueberfallkrieg gerechnet wird, der unter überraschendem Einsatz gewaltiger militärischer Kräfte auf eine rasche Entscheidung drängt, deuten andere Faktoren eher auf eine längere Dauer hin. Ein Ueberfallkrieg kommt doch wohl nur in Frage gegen einen stark unterlegenen, isolierten Gegner, der nicht genügend vorbereitet ist für die militärische Abwehr oder sie nicht rechtzeitig entfalten kann. Wenn ein gut vorbereiteter, hartnäckiger Widerstand erfolgt, so ist mit einer Ausdehnung des Krieges auf die heute in Bildung begriffenen Mächtigruppen in Europa zu rechnen. Da die militärische Stärke, die auf beiden Seiten sofort eingesetzt werden kann, sich ungefähr die Waage hält, so scheint uns eine rasche Entscheidung fast ausgeschlossen zu sein. Je länger aber ein Krieg dauert, um so stärkere Bedeutung kommt den wirtschaftlichen Kräften zu. So, wie die gegenwärtige Gruppierung der Grossmächte aussieht, wäre eine anfängliche militärische Ueberlegenheit der Achsenmächte möglich oder sogar wahrscheinlich. Da sie aber nicht genügen wird, um eine Entscheidung herbeizuführen, dürfte die Frage des wirtschaftlichen Einsatzes eine sehr grosse Bedeutung erhalten. Ja, es ist damit zu rechnen, dass diese wirtschaftlichen Faktoren, namentlich den Willen zum Durchhalten bestimmen, den Ausschlag geben.

Dass es verhältnismässig lange Zeit geht, bis diese wirtschaftlichen Faktoren, wie zum Beispiel der Mangel an Nahrung oder an Roh- und Kraftstoffen, genügend wirksam werden, hat der Weltkrieg zur Genüge bewiesen. Allerdings glauben wir, dass Deutschland trotz seiner grossen Bemühungen um die Eigenversorgung mit Rohstoffen und Nahrung heute wesentlich schlechter dasteht als im Jahre 1914, denn es muss jetzt schon Reserven anzapfen, die damals erst im zweiten oder dritten Kriegsjahr an die Reihe kamen. Ueberdies wird in einem künftigen Krieg, wie der vorstehende Artikel nachweist, der Materialverbrauch noch sehr viel grösser sein als 1914/18, so dass eine Erschöpfung der Vorräte und Eigenreserven für jene Länder, die keine freien Importmöglichkeiten haben, rascher eintreten wird als damals. Es wäre indessen falsch, sich Illusionen hinzugeben, da selbst eine ungenügende Versorgung mit Material und Lebensmitteln durch die eingesetzten psychischen Energien geraume Zeit kompensiert werden kann, wie Spanien beweist. Allerdings setzt das den freien Vertheidigungswillen voraus, bei einem erzwungenen Krieg, der vom Volke widerwillig geführt wird, kann das Gegenteil eintreten.

Ein deutscher Fachmann der Wehrwirtschaft hat in einer Abhandlung über einen Zukunftskrieg die auseinandergehenden Meinungen auf folgende zusammenfassende Formel gebracht:

« 1. Der kommende Krieg verlangt die Totalmobilisierung aller geistigen, seelischen, personellen und materiellen und damit selbstverständlich auch der wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte eines Volkes.

2. Dementsprechend steht er im Zeichen:

- a) der militärischen Massenbildung zu Lande, zu Wasser und in der Luft,
- b) der Massenfertigung an Kriegsgerät aller Art und einer entsprechenden wirtschaftlichen Organisation,
- c) der Massenbewegung sowohl in Richtung zu den Fronten wie hinter diesen,
- d) eines Massenverbrauchs durch die Kriegsführung und entsprechender Beanspruchung der volkswirtschaftlichen Kraft eines Landes,
- e) der Begrenzung durch das wehrwirtschaftliche Potential.

3. Die wichtigste Grösse in einem kommenden Krieg ist der Mensch als Kämpfer, als Arbeitskraft, als Verbraucher. » *

Für die Schweiz stellen sich diese Probleme natürlich nicht ganz gleich wie für eine Grossmacht, da unser Land sowohl in dem Falle, dass es neutral bleiben könnte, wie auch dann, wenn es in den Krieg hineingerissen würde, darauf angewiesen wäre, und wohl auch damit rechnen dürfte, dass es seine Versorgung durch eine allerdings sehr beschränkte Zufuhr teilweise ergänzen könnte. Doch diese Versorgungsmöglichkeiten werden entsprechend dem grösseren Verbrauch und dem zu erwartenden viel schärferen Wirtschaftskampf der kriegführenden Staaten bedeutend geringer sein als im letzten Kriege. Es ist daher notwendig, auch die Lösung

* Dr. K. Hesse, im « Deutschen Volkswirt » vom 3. März 1939.

dieser rein wirtschaftlichen Fragen im Hinblick auf den Kriegsfall genügend vorzubereiten.

Es handelt sich in der Hauptsache um die Anlegung von Vorräten, um die Umstellung und Intensivierung der Eigenproduktion, um die Sicherung gewisser Zufuhrmöglichkeiten, ferner um die Frage der gerechten Verteilung der beschränkten Vorräte, um den zweckmässigen Einsatz der Arbeitskräfte, sowie um die Finanzierung der Mobilmachung oder eventuell der Kriegsführung. Dazu kommen ausserdem soziale Probleme, wie die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit, die da und dort auftreten würde, die befriedigende Regelung der Arbeitsbedingungen und die Kontrollierung der Preisgestaltung, um auch von dieser Seite her Spannungen, die den Willen zum Durchhalten von innen her untergraben könnten, entgegenzuwirken.

Wir können diese Fragen im folgenden nur streifen, aber nicht erschöpfend behandeln, da sie wohl vorbereitet werden müssen, jedoch mit Ausnahme der Vorratsbildung erst im Ernstfalle wirklich gelöst werden können.

Sicherstellung der Landesversorgung.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat schon im Oktober 1937 in einer Eingabe an den Bundesrat auf die Notwendigkeit der Lagerung der für unser Land unentbehrlichen Nahrungsmittel, Betriebs- und Rohstoffe aufmerksam gemacht und verlangt, dass von allen kriegswichtigen Waren Vorräte für mindestens sechs Monate angelegt werden, wobei dem teilweise höheren Kriegsbedarf Rechnung zu tragen sei. Ausserdem wurde die Schaffung der erforderlichen Lagerräume, wie Tanks usw. verlangt. Was die Finanzierung der Vorratsbildung anbetrifft, so wurde in jener Eingabe vorgeschlagen, 100 bis 200 Millionen Franken aus dem Goldvorrat der Nationalbank in Warenvorräte umzutauschen, bzw. dem Bund durch die Nationalbank ein zinsloses Darlehen in der nötigen Höhe für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Es hat lange gedauert, bis man wirklich an die Bildung der nötigen Kriegsvorräte herangetreten ist. Inzwischen ist das Bundesgesetz vom 1. April 1938 über die Sicherstellung der Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern erlassen worden, das den Bund beauftragt, die notwendigen Massnahmen vorzukehren, um die Versorgung von Volk und Heer sicherzustellen. Der Bundesrat erhält die Kompetenz für Bestandesaufnahmen, Anlegung von Vorräten; ausserdem kann die Vorratsbildung durch Private veranlasst werden; für die Landwirtschaft sind auch Massnahmen zur Produktionssteigerung vorgesehen. Gestützt auf dieses Gesetz hat der Bundesrat Ende März 1939 endlich Vorschriften erlassen, um für lebenswichtige Nahrungsmittel grössere Vorräte zu erhalten. Die Erteilung der Bewilligung zur Einfuhr bestimmter Waren wird abhängig gemacht von der An-

legung von Lagern. Diese sind für Kaffee und Reis auf ein halbes Jahr kontingent festgesetzt worden, für Zucker, Getreide und Futtermittel, Speiseöle, Speisefette sowie Rohstoffe für deren Herstellung auf einen Drittel des Jahreskontingentes. In einem Bundesratsbeschluss vom 25. April wird den Importeuren von Koks und Braunkohlenbriketts für Hausbrandzwecke die Haltung von Pflichtlagern von mindestens 15 Prozent der Gesamteinfuhr von 1938 für Koks und 10 Prozent für Briketts zur Pflicht gemacht. Schon früher, nämlich im Dezember des letzten Jahres, wurde für Benzin und Benzol eine Vorratshaltung von mindestens einem Viertel der jährlich importierten Menge vorgeschrieben. Diese Vorräte scheinen uns allerdings, soweit sie einen halben Jahresbedarf unterschreiten, allzu gering zu sein.

Besondere Vorräte wurden für die Armee sowie für die Bahnen und kriegswichtige Fabrikationswerkstätte angelegt. Zum Teil sind die Kredite für die Erstellung der Lagerräume freilich erst in der Abstimmungsvorlage vom 4. Juni enthalten.

Neben dieser kollektiven Vorsorge ist auch eine stärkere individuelle Lagerhaltung erzwungen worden durch die Ankündigung des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes, dass im Falle eines Krieges mehrere Wochen lang der Detailverkauf eingestellt werde, um die Rationierung einzuführen, und dass nur Minderbemittelte durch besondere Karten die Berechtigung erhalten würden, ihren Bedarf immer zu decken. Die Anlegung privater Vorräte, soweit sie finanziell erschwinglich sind, wurde auch durch die Aufklärung in der Presse gefordert. Tatsächlich hat sich das Publikum im März und April mit Vorräten eingedeckt, und es ist zu hoffen, dass dadurch die Sicherung unserer Landesversorgung wesentlich verstärkt wurde. Nur sollte diese Vorratshaltung nicht sofort wieder abgebaut werden, wenn während einigen Wochen etwelche Beruhigung eingekehrt ist, sondern sie sollte andauern, bis wir wirklich aus den Kriegsgefahren herausgekommen sind. Eine sehr grosse Reserve scheint offenbar durch diese private Voreindeckung nicht erzielt worden sein, denn die Statistik über die Kleinhandelsumsätze ergibt für die Monate März und April dieses Jahres nur eine Zunahme von 6 Prozent gegenüber den entsprechenden Monaten 1938. An Nahrungsmitteln wurden im März 9 Prozent und im April 7 Prozent mehr eingekauft pro Verkaufstag, während eine Vorratshaltung von einem Monat oder womöglich noch mehr zu wünschen wäre.

Die Vorräte reichen aber im besten Falle für einige Zeit, und es muss dafür gesorgt werden, dass die laufende Produktion des Landes einen möglichst hohen Teil des Bedarfs decken kann. Die landwirtschaftliche wie die industrielle Eigenproduktion ist zweifellos noch sehr steigerungsfähig, da sie infolge der langjährigen Krise teilweise gesunken ist. Während bisher viele Produktionsmöglichkeiten nicht voll ausgenutzt wurden, wäre man im Kriegsfalle froh fast um jede noch nicht ganz ausgeschöpfte Pro-

duktionskapazität. Das gilt zunächst von der Ernährung. Was heute als Ueberproduktion an Milch oder als Ueberstellung der Ställe kritisiert und gar mit Preisabzügen bestraft wird, um die Erzeugung einzuschränken, wäre dann plötzlich eine vaterländische Tat und würde belohnt. Man sollte sich daher bewusst sein, was für wertvolle Reserven im Kriegsfalle in unserem hohen Viehbestand liegen und unter den gegenwärtigen Umständen nicht so sehr auf einen Abbau drängen.

Mit Hilfe der Bundessubventionen ist der Getreidebau erheblich ausgedehnt worden. Während vor dem Weltkrieg, und zeitweise auch nachher wieder, nur 20 Prozent des Bedarfs an Brotgetreide durch die einheimische Landwirtschaft gedeckt wurden, ist dieser Anteil auf gut 30 Prozent erhöht worden bei einer durchschnittlichen Ernte. Die letztjährige Rekordernte erreichte sogar gegen 50 Prozent des Jahreskonsums. Dadurch hat sich die Getreideversorgung verbessert. Es wurde unlängst mitgeteilt, dass die derzeitigen Getreidelager für mindestens ein Jahr ausreichen. Durch einen weitern Bundesbeschluss wird der Ausbau von Futtermitteln gefördert, damit unser Land auch darin von der Zufuhr unabhängiger wird. Das ist alles schön und recht, namentlich im Hinblick auf die Kriegsversorgung, aber es kostet den Staat bedeutende Zuschüsse, und man darf diese Kosten, die für das Brotgetreide allein 20 bis 30 Millionen ausmachen, und die im Interesse der Landesverteidigung und auch der Landwirtschaft ausgegeben werden, nicht auf die Konsumenten abwälzen in Form höherer Brotpreise, wie das der Bundesrat wiederholt beabsichtigte. Das sind Aufwendungen der Landesverteidigung wie diejenige für die Armee, die nach der Tragfähigkeit zu verteilen sind.

Die industrielle Produktion müsste im Ernstfalle dem Konsum an notwendigen Bedarfsartikeln der Zivilbevölkerung und insbesondere der Versorgung der Armee dienen. In bezug auf die Produktion von Waffen und Munition sollen in der letzten Zeit grosse Fortschritte erzielt worden sein, so dass unsere Industrie den Eigenbedarf wohl zum grössten Teil decken könnte mit Ausnahme der schweren Artillerie und der Flugwaffe. Natürlich gilt das nur solange die wichtigsten Produktionsgebiete von einem Krieg nicht unmittelbar berührt würden. In diesem Falle bestünde die Hauptaufgabe in einer Umleitung der Produktion. Namentlich die Herstellung von Luxuswaren und andern nicht absolut notwendigen Artikeln müsste umgestellt werden auf den gesteigerten Bedarf der Armee und den nicht mehr durch Zufuhr gedeckten Bedarf der Zivilbevölkerung. Diese Umstellung ist weitgehend eine Frage des Vorhandenseins der qualifizierten Arbeitskräfte. Diese können nicht aus dem Boden gestampft werden. Doch das Problem des Arbeitseinsatzes soll später noch berührt werden.

Selbst wenn alle Möglichkeiten der Selbstversorgung ausgenutzt werden, so wäre die Schweiz auf eine erhebliche Zufuhr

angewiesen. Namentlich der Rohstoffbedarf und ein Teil des Nahrungsbedarfes müssten aus dem Ausland gedeckt werden. Wie gross dieser Import sein wird und woher er erfolgen kann, ist schwerlich im voraus genau zu sagen. Immerhin ist anzunehmen, dass die Bundesbehörden mit verschiedenen Staaten Fühlung genommen haben über Lieferungen im Kriegsfalle. Obwohl diese Zufuhr in einem künftigen Weltkrieg schwieriger zu bewerkstelligen sein wird als im letzten, da die Blockade in schärfster Form von Anfang an einsetzen wird, sind wir doch nicht allzu pessimistisch über die Versorgungsmöglichkeiten der Schweiz. Denn einmal haben unsere Grenznachbarn auch ein gewisses Interesse an unserer Neutralität, da das für sie ein Flankenschutz bedeuten kann, und vor allem werden sie interessiert sein an Lieferungen der Schweiz, die ihre eigene Versorgung verbessern können. Selbstverständlich würde sich dieser Handel ganz auf das Prinzip von Leistung und Gegenleistung umstellen; aber auf dem Kompensationsweg wird es möglich sein, die für unser Land unentbehrlichen Waren, wenn auch in beschränktem Umfange, zu erhalten.

Der Einsatz der Arbeitskraft.

Eines der wichtigsten Probleme, ja vielleicht die entscheidende Frage in einem kommenden Kriege, wird die des Arbeitseinsatzes sein. Die wirtschaftliche Kraft eines Landes liegt nicht in erster Linie in den Rohstoffquellen und Materialvorräten, sondern in der Arbeitskraft. Ist diese ausreichend und in der erforderlichen Qualität und Ausbildung vorhanden, so kann ein Mangel an Material ersetzt werden, besonders heute, im Zeitalter der Ersatzstoffe. Fehlt es dagegen an Arbeitskräften, so fehlt die Hauptsache.

Die Schweiz verfügt über annähernd 2 Millionen Erwerbstätige. Eine Mobilisierung würde je nach dem Umfang 100,000 Mann oder auch mehr aus der Industrie und Landwirtschaft herausnehmen. Im Kriegsfall könnten mindestens 400,000 Mann für die militärische Verteidigung eingesetzt werden. Da für den Bedarf einer kriegführenden Armee wenigstens doppelt so viele Arbeitskräfte hinter der Front tätig sein müssen, wie im Felde stehen, bei blosser Mobilmachung natürlich erheblich weniger, so kann man sich vorstellen, in welchem Ausmaße der Arbeitseinsatz für zivile Zwecke reduziert würde. Nun hat unsere Volkswirtschaft wohl Reserven, die in die Lücke treten können. Das sind in erster Linie die Arbeitslosen und jene, die im Kriegsfalle in zahlreichen Erwerbszweigen arbeitslos würden. Dazu gehören ferner die Pensionierten und Rentner — die Statistik zählt deren über 100,000 —, die, soweit sie noch arbeitsfähig wären, zurückgeholt werden könnten in die Betriebe. In Betracht kommen ferner die Frauen, die zu Hause nicht unbedingt notwendig sind.

Die Frage des Arbeitseinsatzes wird seit geraumer Zeit von den Behörden studiert. Man hat bekanntlich auch zum Hilfsdienst auf-

gerufen, um schon in Friedenszeiten organisatorische Vorbereitungen treffen zu können. Die Hauptschwierigkeit wird jedoch darin bestehen, dass die meisten, die als Ersatzarbeitskräfte in Frage kommen, nicht die nötige berufliche Eignung und Vorbereitung besitzen. Auch bei der militärischen Ausbildung wurde zu wenig darauf Bedacht genommen, dass in kriegswirtschaftlich wichtigen Betrieben die Leute nicht herausgenommen werden können. Die Rekrutierung solcher Arbeiter schafft daher eigentlich unnütze Kosten; nur lässt sie sich schwer vermeiden, da man nicht im voraus weiß, wo einer später dauernd beschäftigt wird. In manchen Betrieben hat man sich in der letzten Zeit um Ersatz bemüht für Leute, die im Kriegsfalle einrücken müssten, indem Stellvertreter eingearbeitet wurden. Aber viele Zehntausende würden wahrscheinlich von heute auf morgen in Berufe eingereiht werden, für die sie nicht ausgebildet sind.

Dieser beruflichen Schulung sollte die grösste Aufmerksamkeit geschenkt werden. Sie ist übrigens nicht nur ein wichtiges Erfordernis der Kriegswirtschaft, sondern auch wertvoll angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftslage. In einzelnen Berufen, insbesondere in der Maschinenindustrie, fehlt es nämlich an geschulten Arbeitskräften. Dieser Arbeitermangel hat auch schon zur Ablehnung von Aufträgen geführt. Staat und Volkswirtschaft haben das grösste Interesse, dass diesem Mangel abgeholfen wird. In erster Linie sollten die Arbeitslosen, die früher eine Berufslehre gemacht haben, darauf hin geprüft werden, ob sie nach einer kürzeren fachlichen Ausbildung imstande wären, Berufssarbeit zu leisten. Unter denen, die heute noch unbeschäftigt sind, wären sicher einige tausend zu finden, bei denen sich eine solche berufliche Ausbildung lohnen würde. Aber auch unter den Angelernten oder Ungelernten, die in den Betrieben stehen, sind viele zu finden, die durchaus geeignet wären für qualifiziertere Arbeiten. Nur haben die Betriebe selbst gewöhnlich kein Interesse daran, die Kosten auch nur für eine kürzere Berufsschulung auf sich zu nehmen. Doch wenn der Staat vom Standpunkt der kriegswirtschaftlichen Vorsorge wie dem der Beseitigung der Arbeitslosigkeit aus gesehen mithilft, so könnte hier noch vieles geschehen. Auch die Gewerkschaften haben ein grosses Interesse daran, gelernte Arbeiter wieder in eine Berufssarbeit einzuführen.

Soziale Probleme.

Bei der Besprechung der Kriegswirtschaft darf nicht ausser acht gelassen werden, dass sie auch wichtige soziale Seiten hat, die die Existenzverhältnisse der Arbeiterschaft einschneidend beeinflussen. Trotzdem ein Krieg einer grossen Nachfrage nach Arbeitskräften rufen wird, ist doch mit einer starken Arbeitslosigkeit in einzelnen Industrien zu rechnen, jedenfalls vorübergehend. Ein grosser Teil des Exportes, soweit er nicht für die

Kriegsführung anderer Staaten wichtig ist, würde dahinfallen. Auch der einheimische Verbrauch ginge stark zurück auf manchen Gebieten. Betroffen würden insbesondere die Uhren-, Textil-, Genussmittelindustrie, aber auch das Baugewerbe. Dieser Arbeitslosigkeit müsste begegnet werden durch eine möglichst rasche Umstellung der Betriebe auf den bei uns oder im Ausland kriegswirtschaftlich wichtigen Bedarf. Auch diese Aufgabe sollte rechtzeitig vorbereitet werden, denn die Arbeitslosigkeit würde nicht nur die betroffene Arbeiterschaft schwer schädigen und dem Staate soziale Aufgaben stellen; sie würde auch die ganze Volkswirtschaft schwächen in einem Moment, wo alle Kräfte gebraucht werden.

Andere Gefahren bedrohen die Arbeiterschaft im Kriegsfall in der Industrie, wo die Tendenz aufkäme, möglichst ungehemmt die Produktion zu steigern. Erhöhte Unfallgefahr und die Gefahr des Raubbaus an der Arbeitskraft würden sich daraus ergeben. Aber selbst im Kriege ist vernünftiges Wirtschaften mit den menschlichen Kräften ein Gebot der Selbsterhaltung. Der sozialpolitische Schutz müsste daher aufrecht erhalten werden, und die Gewerkschaften haben da sehr wichtige Aufgaben zu erfüllen. In erster Linie gilt das hinsichtlich der Arbeitszeit. Es würde wahrscheinlich der Versuch gemacht werden, die Arbeitszeit zu verlängern und die diesbezügliche Gesetzgebung zu durchbrechen. Dem müsste sich die Arbeiterschaft widersetzen. Gewiss wird es notwendig sein, durch Schichtarbeit und andere Massnahmen den Bedürfnissen der Kriegswirtschaft Rechnung zu tragen. Auch wird durch fortwährende Rationalisierung die Leistung gesteigert werden. Um so notwendiger ist es, die menschliche Arbeitskraft zu schützen dadurch, dass man ihrer Ausnützung zeitliche Grenzen setzt.

Bedeutungsvoll für das arbeitende Volk ist selbstverständlich auch die Gestaltung der Löhne. In der Zeit der Umstellung von der Friedens- auf Kriegsproduktion ist die Gefahr des Lohndrucks und der Einreihung in niedrigere Lohnkategorien vorhanden. Bei Vollproduktion für den Kriegsbedarf ist wohl weniger mit einer Senkung der Löhne zu rechnen als mit einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten ohne entsprechende Lohnanpassung. Namentlich wenn es zu einer inflationistischen Entwicklung käme, was nicht so unwahrscheinlich ist bei den ungeheuren Anforderungen an die Staatsfinanzen, wird die Arbeiterschaft von einer Senkung des Reallohnes bedroht. Dem ist entgegenzuwirken durch Massnahmen der Preispolitik und Warenverteilung. Soweit diese Dämme nicht genügen, werden die Gewerkschaften für Lohnangleichung sorgen müssen.

Da schon bei unmittelbarer Kriegsgefahr und erst recht bei Kriegsausbruch eine starke Nachfrage nach lebensnotwendigen Waren entstehen würde, muss für eine gerechte Warenverteilung durch Rationierung gesorgt werden. Es darf nicht vorkommen, dass die begüterten Kreise sich grössere Vorräte verschaffen als

die andern und den Unbemittelten noch die Preise hinauftreiben können. Wichtig ist, dass die Rationierung sofort einsetzt, wenn die Zufuhr gefährdet ist. Damit zu verbinden ist eine **s t r a f f e Preiskontrolle**, die jeden Preiswucher verunmöglicht, Wenn die Behörden den festen Willen haben, Inflationserscheinungen mit allen Mitteln zu bekämpfen, und wenn sie rechtzeitig eingreifen, so werden diese Bemühungen sicher Erfolg haben.

Diese kurzen Hinweise auf die sozialen Probleme der Kriegswirtschaft zeigen, dass die Gewerkschaften dann erst recht auf ihren Posten sein müssen. Sie haben dies nicht nur zu tun im Interesse der Arbeiterklasse, sondern sie leisten damit dem Volksganzen den besten Dienst. Denn je besser es gelingt, soziale Ungerechtigkeiten, die in Zeiten des Mangels und der Not doppelt schwer empfunden werden, zu verhindern, um so länger wird das gesamte Volk durchhalten und die Aufgaben der Landesverteidigung erfüllen können. Um so eher wird es auch möglich sein, Spannungen zu verhüten, die auch politisch gefährlich werden könnten. Deshalb ist es aber auch notwendig, den Gewerkschaften in der Kriegswirtschaft das ihnen gebührende Mitspracherecht zu gewähren. Leider ist das bisher unterlassen worden; nur in einer einzigen Gruppe wurden sie berücksichtigt.

Schliesslich erwähnen wir auch noch das Kapitel der

F i n a n z f r a g e n .

Sie stehen nicht am Schlusse, weil sie weniger bedeutend sind. Sie werden vielleicht sogar im Mittelpunkt der Kriegswirtschaft sein, jedenfalls bei längerer Kriegsdauer.

Auch im Kriege gilt das wirtschaftspolitische ABC, dass nicht mehr verbraucht als produziert werden kann. Da die Produktion für den eigentlichen Lebensunterhalt aber stark beschränkt würde, so wird notgedrungen das ganze Volk gewaltige Opfer übernehmen müssen. Aufgabe der Finanzpolitik ist es, diese O p f e r m ö g l i c h s t g e r e c h t z u v e r t e i l e n .

Die ungerechteste Verteilung wäre die einer Abwälzung auf die breiten Massen ohne Rücksicht auf ihre Leistungsfähigkeit, wie das durch die Inflationswirtschaft, also einer zügellosen Handhabung der Notenpresse, geschehen würde. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, einen namhaften Teil der Kriegslasten auf die Zeit nach dem Kriege und die kommende Generation zu überwälzen. Das lässt sich zweifellos rechtfertigen in einem gewissen Ausmaße, doch findet die Kriegs- oder Mobilmachungsfinanzierung durch A n l e i h e n ihre Grenzen an der Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarktes bzw. an den hiefür einsetzbaren Sparvermögen. Die Nationalbank wird darüber zu wachen haben, dass der starke schweizerische Kapitalmarkt nicht durch Kapitalflucht geschwächt wird.

Die weitaus beste Kriegsfinanzierungspolitik ist jedoch die starke steuerliche Erfassung der Vermögen und Einkommen, die nicht dem notwendigen Lebensunterhalt dienen. Es dürfte deshalb nicht ein Jahr oder noch länger gewartet werden bis zur Erhebung einer Kriegssteuer auf Vermögen und Einkommen, wie das während des Weltkrieges der Fall war, sondern eine solche müsste gleich von Anbeginn erhoben werden, und zwar mit bedeutend höheren Ansätzen als bei der früheren Kriegs- und jetzigen Krisensteinsteuer, selbstverständlich mit starker Progression in den Ansätzen nach oben und mit Entlastung der unteren Steuerkategorien. Eine Kriegsgewinnsteuer muss alle übermässigen Gewinne radikal wegsteuern. Sie sollte in milderer Form eigentlich schon jetzt als Rüstungsgewinnsteuer oder Übergewinnsteuer eingeführt werden.

Eine solche entschlossene Steuerpolitik kann unseres Erachtens enorm viel zur Stärkung der Landesverteidigung beitragen. Wenn Hunderttausende ihr Leben aufs Spiel setzen müssen, so dürfen Reichtum und Profite nicht geschont werden. Hier liegt der eigentliche Schlüssel zu einer sozial gerecht wirkenden Kriegswirtschaftspolitik. Die Mobilisierung des Besitzes und die Verhinderung des Entstehens der Kriegsgewinnler macht es möglich, ohne Inflation und deren bedenklichen sozialen Folgen durchzuhalten. England hat 1914/18 Bedeutendes geleistet in dieser Hinsicht. Deshalb hat es sich auch von fast allen kriegsführenden Staaten nachher am raschesten erholt und ist ohne politische Erschütterung geblieben.

*

Die vorstehende Aufzählung der wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die sich beim Ausbruch eines Krieges für unser Land ergeben würden, ist natürlich noch nicht lückenlos. Doch sie zeigt den Lesern die grosse Bedeutung dieses Fragenkomplexes. Wir müssen im Interesse der Sicherung der Landesverteidigung auch auf diesen Gebieten eine rechtzeitige und ausreichende Vorbereitung verlangen.